



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/188 - 17.8.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 029 890

Blick auf die Zeit nach den Parlamentsferien	S. 1
Folgen des Stimmungswechsels in den USA	S. 3
Die "alten Kämpfer" formieren sich in Niedersachsen	S. 5
Saar-Betrachtung mit zweierlei Maß	S. 7

## Pariser Folgegesetze

FB. Wer sich der Aufregung erinnert, die wochenlang wegen des Freiwilligen- und Personalgutachtergesetzes vor der Sommerpause im Parlament herrschte, der kann ermessen, wie es in Bonn nach den Parlamentsferien zugehen wird, wenn im Vorfeld der Pariser Verträge mindestens 20 weitere Gesetze vorgelegt und beraten werden müssen. Das Soldatengesetz hat bereits den Bundesrat passiert, auch das Landbeschlagnahmengesetz und das Eignungsübungsgesetz liegen dem Bundestage schon vor, aber auch das ist nur der sprichwörtliche "erste Schluck aus der Fulle". Viel weniger wird in der Öffentlichkeit beachtet, dass auch in wirtschaftlicher Hinsicht eine Fülle von Gesetzen auf den Bundestag und den Bürger zukommen.

Die Kabinettebene verlassen hat bereits das Bundesleistungsgesetz. Wenn auf der einen Seite generell die Regelung einer allgemeinen Dienstleistungspflicht zu bejahren ist, so ist von der Vorlage der Bundesregierung leider festzustellen, dass die militärischen Bedürfnisse in diesem Gesetz den absoluten Vorrang haben. Durch dieses Gesetz können praktisch Auflagen jeder Art erteilt werden. Vor allem ist der Begriff der "Abwehr sonstiger Notstände einschließlich der Gefahr von Naturkatastrophen" nicht hinreichend definiert. Nach dem politischen Trend, der in der Bundesrepublik herrscht, muß man zumindestens befürchten, dass bei dieser Fassung auch legale Streiks

darunter fallen könnten.

Noch gefährlicher aber ist, dass diese Vorlage einen außerordentlich weiten Spielraum für die Exekutive schafft. Wenn es nach dem Willen der Bundesregierung gehen würde, dann böte das Gesetz sogar die Handhabe für die Einführung einer weitgehenden Zwangswirtschaft außerhalb der Konsumsphäre. Dabei sind bei dieser Vorlage die dann später zu erlassenden Durchführungsverordnungen noch wichtiger als das Gesetz selbst, weil sie den Anforderungsbehörden in der Auswahl der Leistungspflichtigen fast völlig freie Hand lassen.

Nicht minder kritisch muß man das ebenfalls bevorstehende Schutzbereichsgesetz betrachten, das die Veränderung der Bodengestalt (Bebauung und Bodennutzung) in bestimmten Bereichen der Genehmigungspflicht unterwirft. Hier plant die Bundesregierung, die rechtsstaatlichen Schutzvorschriften der Eigentümer weitgehend abzubauen, indem sie die sofortige Vollziehbarkeit von angeordneten Maßnahmen verankern will.

Das Wirtschaftssicherungsgesetz liegt schon im zuständigen Ausschuss des Bundestages. Es ermöglicht beispielsweise gegenüber der gewerblichen Wirtschaft Produktionsauflagen zur Sicherung der Rüstung, der Sicherstellung der Geheimhaltung usw.

Alle diese Fragen aber dürften in den nächsten Monaten überschattet werden von den Problemen der Preisbildung bei der Rüstungswirtschaft und den drohenden Gefahren im Hinblick auf Preiswucher, Ringbildung und Kartellabsprachen. Wer auch nur annähernd auf der Kommunalebene verfolgt hat, wie bei öffentlichen Ausschreibungen gesündigt wird, der kann ermessen, was sich hier zusammenbraut.

Die Bundesregierung hat auf diesem Gebiet bisher keinerlei Sicherheiten geschaffen und die letzte Bremse hat der Bundestag in seiner Mehrheit sogar außer Kraft gesetzt, als er den § 19, der die Verfolgung von Preiswucher ermöglichte, aus dem Wirtschaftsstrafgesetz strich. Deshalb muß unbedingt ein Ersatz für diesen Paragraphen geschaffen werden, zumal auch noch das Kartellgesetz fehlt. Hier sollte man ernsthaft erwägen, ob nicht, wie in den Vereinigten Staaten, Möglichkeiten einer nachträglichen Überprüfung der Gewinnspannen dringend zu empfehlen sind.

Das sind nur einige Probleme, die nach den Sommerferien Parlament und Öffentlichkeit beschäftigen werden. Sie zeigen aber schon im Anschnitt, wie die Pariser Verträge auch auf diesem Sektor die ganze Struktur unseres Wirtschaftslebens beeinflussen werden.

Das Ende der amerikanischen "Kriegspartei"

H.S., New York

Der triumphale Empfang, den die amerikanische Öffentlichkeit Präsident Eisenhower nach seiner Rückkehr von der Genfer Viererkonferenz bereitete, grub der "Kriegspartei" das Grab. Diese Kriegspartei - den Begriff hatten verschiedene führende Publizisten wie Joseph Alsop und Walter Lippmann geprägt - war eine kleine Gruppe von Persönlichkeiten des rechten Flügels der Republikanischen Partei. Sie hielt ihre Augen vornehmlich auf Ostasien gerichtet, und trat für bedingungslos treue Unterstützung von Tschiang Kai-schek und Syngman Rhee ein. Die Entscheidungsschlacht zwischen der freien Welt und dem Kommunismus werde, so argumentierte sie, in Ostasien geschlagen werden und jedes Zurückweichen vor Rot-China und seinen Freunden sei daher ein unersetzlicher Verlust für die freie Welt. Diese Gruppe, deren geistiger Vater ursprünglich General Mac Arthur war, empfahl also Widerstand bis zum Äußersten in Korea und Viet-Nam und lehnt, selbstverständlich, die Preisgabe von Formosa oder auch nur der kleinen Inselchen vor der chinesischen Küste rundweg ab.

Noch im Frühjahr dieses Jahres, als um die Zukunft von Matsu und Quemoy ein asiatischer Krieg auszubrechen drohte, war der Einfluss dieser "Kriegspartei" auf die gesamte amerikanische Politik sehr groß. Ihre beiden maßgeblichen Sprecher halten Schlüsselpositionen inne: Senator Knowland als Vorsitzender der republikanischen Senatsfraktion, und Admiral Radford als Vorsitzender des Rats der vereinigten Stabschefs und damit ranghöchster amerikanischer Offizier. Indirekt muß man dieser Gruppe auch Senator MacCarthy zurechnen, obwohl dieser Extremist von ernsthafteren Männern wie gerade Knowland und Radford nie als Sprecher ihrer Richtung anerkannt wurde. Immerhin teilten sie mit ihm den Verdacht, dass England und die anderen europäischen Verbündeten Amerikas eines Tages zu einem "Kuhhandel" mit Moskau und Peking bereit sein und damit der amerikanischen Politik des Antikommunismus in den Rücken fallen könnten.

Dann kam Präsident Eisenhower aus Genf zurück und obwohl er allenthalben vor übertriebenen Hoffnungen warnte, liess es sich dennoch nicht vermeiden, dass die Masse des amerikanischen Volkes in ihm den Friedensbringer sah, der die Entspannung mit Moskau fertig gebracht hatte. Es vollzog sich einer jener schnellen Stimmungsumschwünge, wie sie in Amerika von Zeit zu Zeit vor sich gehen: der schroffe Antikommunismus schwand dahin wie Schnee an der Märzsonne, und was gestern noch als schmähhliches "appeasement" gegolten hätte, wurde nun als realistische Ausgleichs- und Verständigungspolitik gepriesen.

Das klare Resultat dieses überraschenden und tiefgreifenden Stimmungswechsels ist eben das Ende der "Kriegspartei". Senator Knowland hat, obwohl über die Zukunft Ostasiens besorgt, nicht gewagt, gegen Präsident Eisenhowers Friedenspolitik zu protestieren. Ja, sogar als die bekannte Wochenzeitung "Newsweek" einer "Kuhhandel" mit Rot-China prophezeite, der vermutlich zur diplomatischen Anerkennung dieses Landes durch Washington führen dürfte, schwieg dieser getreueste Anhänger Tschiang Kai-scheks - und keinerlei Protestwelle aus Knowlands Anhang folgte dieser vorlauten Voraussage. McCarthy, der Eisenhower offen des Verrats beschuldigt, steht im ganzen Lande allein und isoliert da. Aber von ihm ganz abgesehen - die ganze "Kriegspartei" ist in der großen Friedenszuversicht, die das ganze Volk erfasst hat, untergegangen.

Aber diese Entwicklung hat vom deutschen Standpunkt aus auch ihre erheblichen Gefahren. Denn während das Verstummen der Kriegspartei in der amerikanischen Öffentlichkeit in Ostasien eine wünschenswerte Beruhigung mit sich bringen kann, ist in Bezug auf Europa die sehr viel weniger erfreuliche Kehrseite der Medaille das Nachlassen des Interesses an der deutschen Frage und eine spontane Bereitwilligkeit im Volke, sich mit Moskau zu verständigen und zu vertragen, ohne zuerst auf der Lösung dieser Frage zu beharren.

\*

\*

\*

Hellweges unbequeme Verbündete

K.-H. B., Hannover

Eine neue Parteien-Koalition bahnt sich in Niedersachsen an. Der BHE, dessen niedersächsischen Größen seit den Bonner K.O.-Schlägen angst und bange geworden ist, will mit der Deutschen Reichspartei eine parlamentarische Ehe eingehen. Und schon munkelt man, dass sich ein Teil der seit der Affäre Schlüter langsam auseinanderfallenden FDP anschließen werde. Aber vorläufig ist es mit dieser Ehe zu dritt noch nicht soweit.

Zwei Männer aus der gleichen Schule und mit einer ähnlichen politischen Vergangenheit sind die Initiatoren: Prof. Heinrich Hunke und Georg Joel. Der eine hat den BHE, der andere die DRP an der Strippe.

Hunke ist heute BHE-Landtagsabgeordneter und neuerdings Ministerialrat auf Widerruf im Finanzministerium. Der BHE-Plan, ihn zum Staatssekretär zu machen und später von dieser Position aus als Nachfolger Oberländers nach Bonn zu lancieren, scheiterte vorerst am Widerstand des CDU-Ministers Dr. Helmut Koch. Hunke ist "alter Kämpfer". Er gehörte vor 1933 der NS-Reichstagsfraktion an, stieg später zu hohen amtlichen Ehren auf und wurde u.a. Präsident des Werberats der deutschen Wirtschaft.

Sein Gesprächs- und wahrscheinlicher Koalitionspartner, Georg Joel, hat gegenwärtig keinen Posten, außer seinem DRP-Landtagsmandat. Um so aktiver arbeitet er hinter den Kulissen. Joel, der im Dritten Reich Ministerpräsident von Oldenburg war, betonte schon mehrfach, dass er sich zu seiner politischen Vergangenheit bekenne.

Joel und Hunke finden in ihren eigenen Parteien wie auch bei der FDP zahlreiche Leute, die aus dem gleichen politischen Holz geschnitzt sind wie sie selbst. Unter der BHE-Prominenz entdeckt man z.B. den letzten Stabschef der SA, einen SA-Obergruppenführer, einen Kreisleiter, einen Gestapo-Obersekretär. Bei der FDP, in der die Liberalen weit zurückgedrängt worden sind, gibt es Kreisleiter, NF-Gebietsführer, einen NSKK-Gruppenführer, höhere NAD-Führer, einen ehemaligen Adju-

tanten Goebbels' - und immer noch Herrn Schlüter, der nichts von alledem war. Dass die DRP, die Partei der Neumann, Rudel, Hans Grimm und Joel, keinen in ihren Reihen duldet, der ohne braune Flecken ist, versteht sich am Rande - es sei denn, er hätte noch weiter rechts gestanden als die Nationalsozialisten und könnte nachweisen, dass er lediglich aus diesem Grunde weder Parteimitglied noch Träger einer Funktion geworden ist.

Man sieht, es "schlütert" gleich in drei Parteien. Zwei von ihnen, FDP und BHE, gehören bereits heute zur "Regierung des Bürgertums", deren Chef Heinrich Hellwege ist. Nicht lange mehr und die CDU- und DP-Minister können auch der Unterstützung des Herrn Joel und seiner DRP-Männer sicher sein.

Die braune Front, so will es fast scheinen, formiert sich zu ihrem dritten Generalangriff in Niedersachsen. Zweimal ist sie bereits gescheitert: 1951, als Karlsruhe 16 Landtagsmandate der SRP aberkannte, und 1953, als der Fall Neumann aufgedeckt wurde. Diesmal taktiert man anders. Man sammelt sich, man fusioniert. Und man hat ein großes Plus: die braune Front braucht keine neuen Parteien zu gründen, sie bedient sich der alten, die - soweit es die FDP und den BHE betrifft - über eine legale, demokratische Tapete verfügen.

CDU und DP, die stärksten niedersächsischen Regierungsparteien, beobachten die Entwicklung sorgenvoll. Ihnen passt das alles gar nicht. Darum unternahmten sie sich vergangene Woche ausführlich über die Seitensprünge ihres Koalitionspartners BHE. Sie vergassen allerdings, auch darüber zu reden, dass einer der engsten Berater Heinrich Hellweges jener Dr. Emil Ehrlich ist, der früher einmal Landesgruppenleiter der NSDAP in Italien war.

\*

\*

\*

Vom "Volksrecht" verdammt

H.P. Das "Volksrecht" ist das offizielle Organ der Schweizer Sozialdemokraten. Nichts würde uns ferner liegen, mit unseren Schweizer Freunden zu polemisieren, wenn nicht die Selbstachtung verlangen würde, dass gerade unter Gleichgesinnten gewisse Grenzen beachtet werden.

Seit der Zulassung pro-deutscher Parteien im Saargebiet ist die gesamte Schweizer Presse über das Verhalten dieser Parteien aufgebracht. Man sieht in dem jetzigen Kampf um das Schicksal des Saarstatuts lediglich eine Wiederholung der Volksabstimmung, die vor zwanzig Jahren zu Gunsten Hitler-Deutschlands ausfiel. Dass in diesem Chor auch das "Volksrecht" miteinstimmt, ist umso bedauerlicher, als die Parole "Macht vor Recht" sich schwerlich mit einer sozialdemokratischen Grundhaltung vereinbaren lässt. Die von dieser Zeitung kritisierte Kampagne der pro-deutschen Parteien wird als "nationalistischer Propagandakrieg" gewertet, der in der saarländischen Bevölkerung "eine bedenkliche Verwirrung" hervorrufen kann.

Ist es für die Schweizer Freunde tatsächlich so schwierig, sich vorzustellen, was etwa die Schweizer Eidgenossen tun würden, wenn im Gefolge eines Krieges eines ihrer Kantönnli von den Siegermächten wirtschaftlich und politisch besetzt worden wäre? Zweifellos wären sie im vollen Bewusstsein ihres Rechtsanspruches den dortigen Schweizer Kräften zu Hilfe gekommen. Was soll daher der Vorwurf, die deutsche Opposition an der Saar sei nichts anderes als "Filialorganisationen" der Parteien in der Bundesrepublik, wenn niemand, auch das "Volksrecht" nicht, bestreitet, dass das Saargebiet ein Teil Deutschlands ist?

Das "Volksrecht" weist entrüstet auf die Gefahren hin, die sich aus der Agitation der pro-deutschen Parteien ergeben. Wo blieb in der Vergangenheit die Empörung über das Nichtvorhandensein demokratischer Grundrechte an der Saar? Auch uns missfallen viele Nuancen der jetzigen Abstimmungskampagne. Aber wer Ursache und Wirkung verwechselt und

den offenkundigen Ursprung gewisser Schärfen ignoriert, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass er mit zweierlei Maß misst.

Das Saargebiet ist, wenn auch noch nicht völkerrechtlich, so doch vor allem wirtschaftlich de facto durch die Tätigkeit der französischen Regierung annektiert worden. Annektionen sind aber die schlechteste Form der Reparationen, wie Kurt Schumacher schon 1946 betonte. Aus dieser Haltung heraus haben sich die deutschen Sozialdemokraten gegen die Abtrennung des Saargebiets mit derselben Leidenschaftlichkeit gewandt, mit der sie die Abtrennung der Gebiete östlich der Oder-Neisse verurteilten. Wenn der Westen sich nicht ebenso eindeutig dagegen wehrt, das Saargebiet zu einem Protektorat zu degradieren, dann begibt er sich auch des moralischen Rechts, die Vasallenwirtschaft im Osten zu kritisieren.

Wir wollen nicht darüber spekulieren, wie das Schicksal des Saargebiets bei einer Ablehnung des Saarstatuts aussehen wird. Man kann jedoch schwerlich, wie es das "Volksrecht" tut, das Statut dahingehend interpretieren, dass bei seiner Annahme die Saar "zu einem innenpolitisch selbständigen Gebiet, das weder zu Frankreich noch zu Deutschland gehört" werden wird und zur selben Zeit behaupten, dass es sich beim Statut nur um ein Provisorium handelt, "bis die dauernde Regelung der Saarfrage im Friedensvertrag mit Deutschland erfolgt." Nach den Saar-Erfahrungen der letzten zehn Jahre haben wir keinerlei Anlass zu der Hoffnung, dass die Politik der vollendeten Tatsachen im Friedensvertrag im Sinne Deutschlands revidiert werden kann. Das "Volksrecht" unterstützt diese Politik, wir nicht!

---

Verantwortlich: Peter Raunau